



Dr. iur. Patrick Freudiger

Anstalt oder Aktiengesellschaft?

Zur Bedeutung der Rechtsform
bei Ausgliederungen



Stämpfli Verlag

In den vergangenen Jahrzehnten sind Gemeinwesen vermehrt dazu übergegangen, Organisationen ausserhalb der Zentralverwaltung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben zu gründen. Dabei stellt sich die Frage, welche Bedeutung der Rechtsform für solche ausgegliederten Aufgabenträger zukommt. Die vorliegende Arbeit behandelt diese Fragestellung auf Ebene des Bundes, des Kantons Bern und der bernischen Gemeinden. Als Rechtsformen im Fokus stehen die rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt, die privatrechtliche sowie (auf Bundesebene) die spezialgesetzliche Aktiengesellschaft. Die Arbeit beschäftigt sich namentlich mit der staatlichen Aufsicht über diese Organisationen, mit deren verwaltungsorganisatorischen Einordnung und den rechtsstaatlich-demokratischen Anforderungen bei der Ausgliederung. Sodann werden spezifische, bei Ausgliederungen relevante Themenbereiche unter dem Gesichtspunkt der Rechtsformwahl analysiert: Regelungsaufwand des Gemeinwesens, Steuerbefreiung, Verfügungsbefugnis, Arbeitsverhältnisse, Volksrechte, Oberaufsicht und Finanzkontrollaufsicht, öffentliches Beschaffungsrecht, Staatsgarantie und Staatshaftung. Die gewonnenen Erkenntnisse zeigen die Auswirkungen der jeweiligen Rechtsformwahl auf und liefern auch Ansätze für die Entscheidung, welche Rechtsform bei welcher Ausgliederung vorzuziehen ist.

Patrick Freudiger

Dr. iur.

Anstalt oder Aktiengesellschaft?

Zur Bedeutung der Rechtsform
bei Ausgliederungen



Stämpfli Verlag

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor iuris der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

Die Fakultät hat diese Arbeit am 20. August 2015 auf Antrag der beiden Gutachter, Prof. Dr. Markus Müller und Prof. Dr. Pierre Tschannen, als Dissertation angenommen.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2016

Dieses Werk ist in unserem Buchshop unter www.staempfliverlag.com erhältlich.

ISBN Print 978-3-7272-0358-9
ISBN Judocu 978-3-0354-1273-4
ISBN E-Book 978-3-7272-5926-5



Vorwort

Die Wahl der Rechtsform ausgegliederter Aufgabenträger weckt – für Fragen mit verwaltungsorganisationsrechtlichem Bezug eher atypisch – nicht selten ein aktives Interesse der Öffentlichkeit und der Politik. Auch die Rechtswissenschaft hat sich verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit Ausgliederungen vertieft angenommen, doch steht die Bedeutung der Rechtsform ausgegliederter Aufgabenträger im Sinn einer themenübergreifenden Fragestellung meist nicht im Vordergrund.

Die vorliegende Arbeit widmet sich der letztgenannten Fragestellung und möchte insoweit dazu beitragen, wieder etwas mehr Ordnung in die bisweilen unübersichtlich gewordene verwaltungsorganisationsrechtliche Dogmatik im Zusammenhang mit Aufgabenträgern ausserhalb der Zentralverwaltung zu bringen. Sie soll damit auch Ansätze für die Entscheidung liefern, welche Rechtsform bei welcher Ausgliederung vorzuziehen ist.

Bei diesem Versuch durfte ich auf die Mithilfe mehrerer Personen zählen, denen ich zu grösstem Dank verpflichtet bin. Speziell erwähnen möchte ich dabei

- Prof. Dr. Markus Müller, meinen Betreuer, der mir stets mit wertvollem und zeitnahe Rat zur Seite stand und mich in meiner Vorgehensweise bestärkte, mir aber auch sämtliche akademischen Freiheiten liess;
- Prof. Dr. Pierre Tschannen für die speditive Zweitbegutachtung;
- Dr. iur. Christoph Bürki für die zahlreichen ergiebigen Diskussionen und die wertvollen, fachkundigen Hinweise zum Entwurf;
- meine Eltern für die äusserst gründliche Lektüre meines Entwurfs und die hilfreichen Anregungen;
- meine Lebenspartnerin für ihren moralischen Beistand und ihre unendliche Geduld.

Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich den Ansprechpartnern in den Verwaltungseinheiten und ausgegliederten Aufgabenträgern sowie den weiteren Fachpersonen, welche meine Fragestellungen zur Behördenpraxis und zur praktischen Handhabung von Gesetzesbestimmungen beantworteten, die in den Materialien und gängigen Lehrbüchern nicht bzw. nur am Rand behandelt werden.

Gesetzgebung, Rechtsprechung, Materialien und Literatur konnten bis Mitte Juni 2015 berücksichtigt werden.

Langenthal, im November 2015

Patrick Freudiger

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXIX
Amtliche Dokumente	XLV
Abkürzungsverzeichnis	LV
A. Einleitung.....	1
I. Ausgangslage	1
II. Fragestellung	2
III. Aufbau, Abgrenzung und Methodik.....	3
B. Allgemeiner Teil.....	5
I. Historischer Abriss	5
II. Staatspolitischer Abriss	11
III. Begriffe der Ausgliederung und verwandter Vorgänge	14
IV. Ausgegliederte Aufgabenträger: Begriffswahl, Ausprägungen, Abgrenzungen	21
V. Motive der Ausgliederungen	49
VI. Bemühungen zur Systematisierung	72
VII. Aufsicht und Autonomie	90
VIII. Welche ausgegliederten Aufgabenträger gehören noch zur öffentlichen Verwaltung?	144
IX. Rechtsstaatlich-demokratische Anforderungen an die Ausgliederung	181
C. Besonderer Teil	225
I. Regelungsaufwand; Kooperationsfähigkeit.....	225
II. Steuerbefreiung	238
III. Verfügungsbefugnis	255
IV. Arbeitsverhältnisse	308
V. Volksrechte: Finanzreferendum	327
VI. Oberaufsicht und Finanzkontrollaufsicht	334
VII. Öffentliches Beschaffungsrecht	354
VIII. Staatsgarantie	372
IX. Staatshaftung	386
D. Schlussfolgerungen	403
I. Autonomie als primäres Ausgliederungsmotiv	403
II. Bedeutung der Rechtsformwahl	405
III. Systemkongruenz wahren	413

Inhaltsübersicht

IV.	Notwendigkeit der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft?	415
V.	Exkurs: Die GmbH als Rechtsform für ausgegliederte Aufgabenträger	424
E.	Zusammenfassung der Untersuchung.....	433
	Stichwortverzeichnis	437

VIII

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXIX
Amtliche Dokumente	XLV
Abkürzungsverzeichnis	LV
A. Einleitung.....	1
I. Ausgangslage	1
II. Fragestellung	2
III. Aufbau, Abgrenzung und Methodik.....	3
B. Allgemeiner Teil.....	5
I. Historischer Abriss	5
1. Privatrecht und Verwaltungsrecht: Wechselwirkung seit jeher	5
2. Der Staat wächst	5
3. «Flucht ins Privatrecht»	7
4. Vermehrter Handlungs- bzw. Organisationsformenwechsel in den Neunzigerjahren	8
II. Staatspolitischer Abriss	11
1. Der Staat stösst an seine Grenzen	11
2. Folge: Gewährleistungsstaat	11
3. Ausdruck eines schweizerischen Selbstverständnisses	13
III. Begriffe der Ausgliederung und verwandter Vorgänge	14
1. Problematik schillernder Begriffe	14
2. Privatisierung	14
3. Dezentralisierung	15
4. Dekonzentration	16
5. Deregulierung	16
6. New Public Management (NPM)	16
7. Public Private Partnership (PPP)	17
8. Insbesondere: Ausgliederung	18
8.1 Begriff	18
8.2 Insbesondere: Autonomie	19
8.3 Dezentralisierung mit organisatorischer Komponente	19
8.4 Abgrenzungen	20
8.4.1 Rechtsformumwandlungen und FLAG-Einheiten	20
8.4.2 Auslagerung	20

IV.	Ausgegliederte Aufgabenträger: Begriffswahl, Ausprägungen, Abgrenzungen	21
1.	Schwierigkeit einer Begriffswahl	21
1.1	«Öffentliche Unternehmen»	21
1.2	«Verselbständigte Einheiten»	22
1.3	Eigener Begriff: Ausgegliederte Aufgabenträger	23
2.	Ausgegliederte öffentlich-rechtliche Aufgabenträger	24
2.1	Kein Numerus clausus	24
2.2	Öffentlich-rechtliche Anstalten	24
2.2.1	Begriff	24
2.2.2	Insbesondere: Rechtsfähigkeit und Autonomie der Anstalten	26
2.3	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	28
2.3.1	Begriff	28
2.3.2	Arten und Spezialfälle	28
2.4	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften	29
2.4.1	Bundesebene	29
a	Charakterisierung	29
b	Insbesondere: Zur öffentlich-rechtlichen Rechtsnatur	31
2.4.2	Kantonale bzw. kommunale Ebene	33
2.5	Öffentlich-rechtliche Stiftungen	35
2.5.1	Begriff	35
2.5.2	Abgrenzung	36
3.	Ausgegliederte privatrechtliche Aufgabenträger	37
3.1	Grundsätzliche Zulässigkeit	37
3.2	Numerus clausus zulässiger Rechtsformen	38
3.3	Privatrechtliche Handelsgesellschaften und Genossenschaften	39
3.3.1	Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	39
3.3.2	Öffentliche Unternehmen in Privatrechtsform	40
3.4	Privatrechtliche Stiftungen	41
4.	Abgrenzungen zu anderen Aufgabenträgern bzw. Instituten	42
4.1	Beliehene	42
4.2	Konzessionäre	42
4.3	Hilfspersonen	43
4.4	Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesen i.w.S.	44
5.	Das Gemeinwesen als Konzern?	45
5.1	Fragestellung	45
5.2	Gesetzliche Regelung, Rechtsprechung und Lehre	45
5.3	Stellungnahme	46
5.4	Fazit	48
6.	Zusammenfassung und Überleitung	48

V.	Motive der Ausgliederungen	49
1.	Einordnung	49
2.	Überblick über die grundsätzlichen Motive	50
2.1	Erhöhung der Markt- und Konkurrenzfähigkeit	50
2.2	Entpolitisierung	51
2.3	Allianzfähigkeit	51
2.4	Entlastung des Staats und Akzeptanz der Aufgabenerfüllung	52
2.5	«Visibilität»	52
3.	Begründung der gewählten Rechtsform anhand konkreter Beispiele	53
3.1	Bund	53
3.1.1	Post- und Telekommunikationsbetriebe	53
a	PTT-Reform	53
b	Vermögensprivatisierung der Swisscom	54
c	Die Schweizerische Post AG sowie PostFinance AG	55
3.1.2	Rüstungsbetriebe	56
3.1.3	SBB	58
3.1.4	SNB	58
3.1.5	Finanzmarktaufsicht	59
3.2	Kanton Bern	60
3.2.1	Berner Kantonalbank	60
3.2.2	Berner Fachhochschule	61
3.2.3	Regionale Spitalzentren und Psychiatrie	62
a	RSZ	62
b	Institutionen der Psychiatrieversorgung	63
3.2.4	Gebäudeversicherung	64
4.	Zwischenfazit	65
4.1	Grundsätzliches	65
4.2	Staatsnähe der Rechtsformen	65
4.2.1	Zum Begriff	65
4.2.2	Bund: Abstufung öffentlich-rechtliche Anstalt – spezialgesetzliche Aktiengesellschaft – privatrechtliche Aktiengesellschaft	66
4.2.3	Kanton Bern: Abstufung öffentlich-rechtliche Anstalt – privatrechtliche Aktiengesellschaft	67
5.	Offene Fragen zu den in den Materialien genannten Gründen	68
5.1	Marginale Begründung der fehlenden Anstaltseignung	68
5.2	Bund: Kaum Hinweise zur Abgrenzung zwischen spezial- gesetzlicher und privatrechtlicher Aktiengesellschaft	69
5.3	Praktischer Stellenwert von Drittbeteiligungen	69
6.	Relativierung der Bedeutung der Rechtsformwahl in der Lehre	70

	7. Zusammenfassung und Überleitung	71
VI.	Bemühungen zur Systematisierung	72
	1. Bundesebene: Corporate-Governance-Bericht	72
	1.1 Unbefriedigende Ausgangslage: Vier-Kreise-Modell	72
	1.2 Neu: Aufgabentypologie als Grundlage	73
	1.2.1 Allgemeine Bemerkungen	73
	1.2.2 Systematik und Stellenwert der Aufgabentypologie	74
	1.2.3 Weitere Berichte	76
	1.3 Bedeutung der Rechtsform	78
	2. Würdigung des CG-Berichts	80
	2.1 Allgemeine Hinweise	80
	2.2 Kritik	81
	2.2.1 Wahl der Aufgabentypen; insbesondere Dienstleistungen mit Monopolcharakter	81
	2.2.2 Bestehende Aufgabenträger mit der «falschen» Rechtsform	81
	2.2.3 Subsidiarität der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft	82
	2.3 Eigene Würdigung	83
	2.3.1 Grundsätzlich überzeugender Primat des Aufgabentyps	83
	2.3.2 Aufgabentypen im Einzelnen	83
	a Unschärfen	83
	b Relativierung der Kritik	84
	2.3.3 Normative Kraft des Faktischen bzw. Politischen	85
	2.3.4 Weitgehend ungeklärtes Verhältnis zwischen privatrechtlicher und spezialgesetzlicher Aktiengesellschaft	86
	2.3.5 Rechtsformwahl	87
	3. Systematik im Kanton Bern	87
	3.1 Fehlen einer Systematik wie im CG-Bericht	87
	3.2 Organisationsrechtliche Harmonisierung	88
	3.3 Primat der Aufgabe	88
VII.	Aufsicht und Autonomie	90
	1. Untersuchungsgegenstand; grundlegende Bedeutung der Rechtsform	90
	2. Zur Aufsicht im Allgemeinen	91
	2.1 Instrumente	91
	2.1.1 Präventive, begleitende und repressive Aufsicht	91
	2.1.2 Insbesondere: Strategische Zielvorgaben bzw. Eigentümerstrategien	92
	2.2 Regierungs- und Parlamentsunternehmen	93
	2.3 Grundlagen auf Bundesebene	94

2.3.1	Pflicht des Bundesrats	94
2.3.2	Bundesrätliche Leitung	94
2.3.3	Bundesrätliche (Verbands-)Aufsicht	95
2.3.4	Aufgabentypologie des CG-Berichts.....	96
2.4	Grundlagen auf Ebene des Kantons Bern incl. der bernischen Gemeinden	97
2.5	Abgrenzung zur Aufsicht als Regulator.....	98
2.5.1	Sinnhaftigkeit und Schwierigkeit der Abgrenzung ...	98
2.5.2	Stellungnahme	100
2.6	Zwischenfazit und Überleitung.....	100
3.	Gesetzgeberische Ausgestaltung der Aufsicht über ausgegliederte Aufgabenträger	101
3.1	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten.....	101
3.1.1	Grosser politischer Handlungsspielraum.....	101
a	Skalierung der Autonomie	101
b	Insbesondere: Die Kantonalbanken	103
3.1.2	Vielzahl möglicher Steuerungsinstrumente,	104
3.1.3	...aber Enumerationsprinzip	105
3.1.4	Ausnahmsweise Zulässigkeit von Aufsichtsrechten ohne gesetzliche Grundlage	107
a	Informationsrechte; unverbindliche Empfehlungen.....	107
b	Beseitigung rechtswidriger Zustände; Gefährdung fundamentaler Rechtsgüter	107
3.1.5	Fazit.....	110
3.2	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften	110
3.2.1	Bundesebene	110
3.2.2	Ebene des Kantons Bern	111
3.3	Privatrechtliche Aufgabenträger: Die privatrechtliche Aktiengesellschaft	112
3.3.1	Allgemeines; Verweis auf aktienrechtliche Steuerungsinstrumente	112
3.3.2	Steuerung durch Beherrschung	113
a	Allgemein: Beherrschung durch Stimmrecht.....	113
b	Insbesondere: Zweckfestsetzung in den Statuten; Eigentümerstrategie	113
c	Insbesondere: Wahl des Verwaltungsrats; Erteilung der Décharge	114
d	Insbesondere: Genehmigungshandlungen; Einräumung weiterer Kompetenzen	114
3.3.3	Vertreter	114
3.3.4	Aktionärsbindungsverträge	116
3.3.5	Aktienrechtliche Auskunfts- und Einsichtsrechte	117

3.3.6	Privilegierter Informationszugang des Grossaktionärs.....	119
a	Begrenzte Zulässigkeit gemäss herrschender Ansicht.....	119
b	Privilegierter Informationszugang für das Gemeinwesen	121
3.3.7	Zwischenfazit und Überleitung: Beschränkte Einflussmöglichkeiten des Aktionärs.....	123
3.4	Insbesondere: Öffentlich-rechtliche Eingriffe in das Aktienrecht	124
3.4.1	Problemstellung.....	124
3.4.2	Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht.....	125
3.4.3	Vorrang zwingender Normen des Gesellschaftsrechts	126
3.4.4	Unterscheidung zwischen Bundes- und Kantonebene	127
a	Bund	127
aa	Vorrang der öffentlich-rechtlichen lex specialis.....	127
bb	Beispiele öffentlich-rechtlicher Eingriffe ins Gesellschaftsrecht	128
cc	Systemwidrigkeit als Grenze?.....	130
dd	Enumerationsprinzip und seine Grenzen	131
b	Kanton Bern und bernische Gemeinden	132
aa	Vorrang des Gesellschaftsrechts	132
bb	Zulässige öffentlich-rechtliche Steuerungsinstrumente	134
cc	Heikle bzw. unzulässige öffentlich- rechtliche Eingriffe	138
aaa	Oberleitung: Musterbeispiel «Kantonale Verfassungsinitiative zur Stilllegung des AKW Mühleberg».....	138
bbb	Auskunfts- und Einsichtsrechte	140
ccc	Fälle aus der Rechtsprechung und dem Schrifttum	141
3.4.5	Fazit.....	143
VIII.	Welche ausgegliederten Aufgabenträger gehören noch zur öffentlichen Verwaltung?	144
1.	Eingrenzung.....	144
2.	Bundesebene	145
2.1	Verfassungsrechtliche Hinweise auf die Bundesverwaltung	145
2.2	Verwaltungsorganisationsrecht als Domäne des Gesetz- und Verordnungsgebers.....	146

2.3	Der organisatorische Verwaltungsbegriff im RVOG.....	146
2.3.1	Dreigliedriges Schema	146
2.3.2	Insbesondere: Abgrenzung zwischen Art. 2 Abs. 3 und Art. 2 Abs. 4 RVOG	147
2.4	Abschliessende Zuordnung in der RVOV	150
2.4.1	Die heute geltende Regelung.....	150
2.4.2	Systematik der Art. 6 ff. RVOV	152
2.5	Folgen der Zuordnung	153
2.5.1	Anknüpfung an den Begriff der Bundesverwaltung gemäss Art. 2 RVOG	153
2.5.2	Einbezug verwaltungsexterner Aufgabenträger	156
2.5.3	Verhältnis von Regel und Ausnahme	157
2.6	Zwischenfazit: Idealtypische Bedeutung der Rechtsform	158
2.7	Würdigung.....	159
2.7.1	Rezeption im Schrifttum	159
2.7.2	Eigene Stellungnahme.....	159
a	Dreigliedriges Schema.....	159
b	Abgrenzung zwischen dezentraler Bundesverwaltung und externen Aufgabenträgern gemäss Art. 6 ff. RVOV	161
aa	Vorliegen einer Synthese	161
bb	Massgebende Anknüpfungskriterien.....	161
aaa	Zu verwerfende Anknüpfungskriterien	161
bbb	Grundsätzlich überzeugende Anknüpfung an die Aufgabentypologie.....	162
cc	Trotzdem: Kritik an der geltenden Rechtslage.....	163
aaa	Normstufe	163
bbb	Eigenständigkeit ohne unmittelbaren Bezug zum Aufgabentyp	163
dd	Mustererlasse für rechtsfähige öffentlich- rechtliche Anstalten	165
c	Reformbedarf.....	166
aa	Hinreichende Normstufe	166
bb	(Weitere) organisatorische Kriterien.....	166
2.7.3	Fazit.....	167
a	Öffentlich-rechtliche Anstalten	167
b	Privatrechtliche Aktiengesellschaften.....	167
c	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften	169
3.	Ebene des Kantons Bern.....	170
3.1	Art. 95 KV/BE als Ausgangspunkt.....	170
3.2	Zweigliedriges Schema.....	171

3.3	Massgeblichkeit der Sacherlasse	172
3.4	Abstufung	174
3.4.1	Öffentlich-rechtliche Anstalten	175
3.4.2	Privatrechtliche Aktiengesellschaften	175
3.5	Fazit	177
4.	Ebene der bernischen Gemeinden	178
4.1	Die Sichtweise des GG/BE	178
4.2	Regelung in den Sacherlassen	179
4.3	Fazit	180
IX.	Rechtsstaatlich-demokratische Anforderungen an die Ausgliederung.	181
1.	Bundesebene	181
1.1	Konkrete Verfassungsgrundlage: Art. 178 Abs. 3 BV	181
1.1.1	Aufgabenübertragung und organisatorische Herauslösung	181
1.1.2	Verwaltungsaufgabe	182
1.1.3	Gesetzliche Grundlage	183
a	Formell-gesetzliche Grundlage	183
b	Wichtige Bestimmungen	185
c	Besondere Fragestellungen	186
aa	Bedarfsverwaltung	186
bb	Gesellschaftsgründungen bzw. Beteiligungen, die der Aufgabenträger selbst vornimmt bzw. eingeht	187
cc	Weiterübertragungen von Verwaltungsaufgaben an Dritte	189
1.1.4	Personen und Institutionen ausserhalb der Verwaltung	190
a	Nicht restlos klarer Wortlaut	191
b	Systematische Auslegung	191
aa	Art. 178 Abs. 3 BV auch für die dezentrale Bundesverwaltung?	191
bb	Art. 178 Abs. 3 BV nur für (zivil-)gesellschaftliche Akteure?	193
c	Historische Auslegung	194
d	Teleologische Auslegung	195
e	Fazit	196
1.2	Weitere verfassungsrechtliche Anforderungen	196
1.2.1	Öffentliches Interesse	196
1.2.2	Verhältnismässigkeit	197
a	Grundsatz	197
b	Insbesondere: Qualifizierte Anforderung bei der Wahl der privatrechtlichen Aktiengesellschaft? ..	198
c	Fazit	199

1.2.3	Grundrechtsschutz.....	199
a	Allgemeines.....	199
b	Insbesondere: Zulässigkeit wirtschaftlichen Staatshandelns	201
c	Reduzierter Grundrechtsschutz?	202
1.3	Ausgliederungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung	203
1.3.1	Grundsatz	203
1.3.2	Formell-gesetzliche Grundlage	204
1.3.3	Weitere Anforderungen.....	205
2.	Kanton Bern.....	205
2.1	Konkrete Verfassungsgrundlage: Art. 95 KV/BE	205
2.2	Zulässigkeit der Aufgabenübertragung (Art. 95 Abs. 1 KV/BE).....	206
2.2.1	Ausgangslage	206
2.2.2	Insbesondere: Zuordnung privatrechtlicher Aktiengesellschaften	207
a	Materialien und Schrifttum.....	207
b	Eigene Ansicht.....	207
aa	Materialien.....	207
bb	Systematik.....	208
aaa	Abstufung nach der Staatsnähe in Art. 95 Abs. 1 KV/BE.....	208
bbb	Parallelität der Bestimmungen in Abs. 1 und 2	209
ccc	Begrenzte Organisationsgewalt	209
cc	Sinn und Zweck	210
c	Fazit	211
2.3	Anforderungen an die gesetzliche Grundlage (Art. 95 Abs. 2 KV/BE)	212
2.4	Fazit zu Art. 95 KV/BE	213
2.4.1	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten	213
2.4.2	Privatrechtliche Aktiengesellschaften	214
2.5	Weitere Anforderungen	214
3.	Bernische Gemeinden.....	215
3.1	Spielraum der bernischen Gemeinden	215
3.2	Reglementarische Grundlagen.....	216
3.3	Weitere Anforderungen	217
4.	Weitere rechtliche Rahmenbedingungen bei Ausgliederungen	217
4.1	Umstrukturierungen gemäss FusG.....	218
4.1.1	Anwendungsbereich	218
4.1.2	Institute des öffentlichen Rechts	218
4.1.3	Insbesondere: Das 8. Kapitel des FusG.....	219

a	Zulässige Umstrukturierungen gemäss FusG (Art. 99).....	219
b	Anwendbares Recht (Art. 100 FusG)	220
c	Verantwortlichkeit (Art. 101 FusG).....	221
4.2	SchKG und Verwaltungsvermögen	221
4.2.1	SchKG	221
4.2.2	Verwaltungsvermögen	222
a	Beteiligungen als Verwaltungsvermögen	222
b	Aktivposten des Aufgabenträgers als Verwaltungsvermögen	223
c	Unpfändbarkeit des Verwaltungsvermögens	223
C.	Besonderer Teil	225
I.	Regelungsaufwand; Kooperationsfähigkeit.....	225
1.	Zum Aufbau dieses Kapitels.....	225
2.	Regelungsaufwand und Vertrautheit der Rechtsform.....	226
2.1	Öffentlich-rechtliche Anstalt	226
2.2	Privatrechtliche Aktiengesellschaft	227
2.3	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaft	228
3.	Insbesondere Drittbeteiligungen.....	228
3.1	Beteiligungen Privater	228
3.1.1	Privatrechtliche/spezialgesetzliche Aktiengesellschaft	228
3.1.2	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt	229
3.2	Insbesondere: Beteiligung anderer Gemeinwesen	231
3.2.1	Privatrechtliche/spezialgesetzliche Aktiengesellschaft	231
3.2.2	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt	232
a	Anstalt eines Trägergemeinwesens.....	232
b	Mehrere Gemeinwesen als Anstaltsträger	232
4.	Fazit.....	234
4.1	Regelungsaufwand und Steuerungsfähigkeit.....	234
4.2	Kooperationsfähigkeit	235
5.	Exkurs: Visibilität.....	236
5.1	Veranschaulichung der Autonomie durch die Rechtsformwahl.....	236
5.2	Problematik falscher Erwartungen.....	237
5.3	Fazit	237
II.	Steuerbefreiung	238
1.	Zweck; Vorgehensweise.....	238
2.	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten.....	239
2.1	Direkte Steuern	239
2.1.1	Bundessteuern: Anwendungsbeispiel DBG	239

2.1.2	Kantonale Steuern	239
a	Vorgaben des StHG	239
b	Art. 62d RVOG und spezialgesetzliche Befreiungstatbestände.....	239
c	Kantonale Steuerbefreiungstatbestände: Anwendungsbeispiel StG/BE	240
2.2	Indirekte Steuern.....	242
2.2.1	Anwendungsbeispiele auf Bundesebene: MWSTG, StG	242
2.2.2	Anwendungsbeispiel auf kantonaler Ebene: HG/BE.....	242
3.	Privatrechtliche Aktiengesellschaften.....	243
3.1	Direkte Steuern	243
3.1.1	Rechtsformunabhängige und spezialgesetzliche Befreiungstatbestände	243
3.1.2	Anwendungsbeispiele DBG, StHG, StG/BE	244
3.1.3	Grundstückgewinnsteuerpflicht im Speziellen.....	247
3.2	Indirekte Steuern: Anwendungsbeispiele MWSTG, StG, HG/BE	248
4.	Spezialgesetzliche Aktiengesellschaften	249
4.1	Direkte Steuern: Anwendungsbeispiele DBG, StHG, StG/BE.....	249
4.2	Indirekte Steuern: Anwendungsbeispiele MWSTG, StG, HG/BE	249
5.	Fazit.....	250
5.1	Direkte Steuern: Erhebliche Bedeutung der Rechtsform.....	250
5.2	Indirekte Steuern: Beschränkte Bedeutung der Rechtsform..	251
5.3	Rechtsformabhängige Steuerbefreiung als Ausdruck von Staatsnähe	252
6.	Exkurs: Rechtsformabhängige Steuerbefreiungen und Wettbewerbsneutralität.....	252
6.1	Problematik.....	252
6.2	Rechtfertigung der Steuerbefreiung von Anstalten, insbesondere von Kantonalbanken	253
6.3	Auswege und Reformschritte	254
III.	Verfügungsbefugnis	255
1.	Vorbemerkung: Grundsätzlich keine Auswirkung der Wahl der Rechtsform auf die Natur der Rechtsverhältnisse.....	255
2.	Verfügungskompetenz ausgegliederter Aufgabenträger.....	256
2.1	Problemstellung und Vorgehensweise.....	256
2.2	Die Verfügung	258
2.2.1	Definition	258
2.2.2	Verfügungskompetenz: Zwei Modelle	259
a	Zentralverwaltung.....	259

b	Beliehene	260
aa	Hinweise auf eine aus der Verwaltungsbefugnis fließende Verfügungsbefugnis	260
bb	Restriktive aktuelle Rechtsprechung	261
cc	Anforderungen an eine implizite Verfügungsbefugnis	263
aaa	Ausgangslage	263
bbb	Kosten überbetrieblicher Kurse	263
ccc	Zertifizierung	264
ddd	Spielsperre	265
eee	Fazit	266
2.3	Verhältnis zwischen Verfassungsrecht und Verfahrens- recht – Versuch einer Einordnung	267
2.3.1	Bundesebene	267
a	Verwaltungsverfahrensrecht	267
aa	Behörden	267
bb	Einordnung der rechtsfähigen öffentlich- rechtlichen Anstalten	268
cc	Einordnung privatrechtlicher Aktiengesellschaften	269
dd	Einordnung spezialgesetzlicher Aktiengesellschaften	271
ee	Vorrang der Verfügung	272
b	Synthese	273
aa	Rekapitulation: Verfügungsbefugnisse Privater	273
bb	Ausweitung auf alle verwaltungsexternen Aufgabenträger	274
cc	Verfügungsbefugnis rechtsfähiger öffentlich-rechtlicher Anstalten gemäss Art. 1 Abs. 2 Bst. c VwVG	275
aaa	Grundsatz: Aus der Verwaltungsbefugnis fließende Verfügungsbefugnis	275
bbb	Ausnahme: Anstalten als verwaltungsexterne Aufgabenträger	277
dd	Verfügungsbefugnis der Aktiengesellschaften gemäss Art. 1 Abs. 2 Bst. e VwVG	278
aaa	Grundsatz: Spezialgesetzlich eingeräumte Verfügungsbefugnis	278

	bbb Problem: Aktiengesellschaften innerhalb der Bundesverwaltung	279
2.3.2	Kanton Bern und bernische Gemeinden	280
a	Verwaltungsverfahrensrecht	280
aa	Behörden	280
bb	Einordnung rechtsfähiger öffentlich- rechtlicher Anstalten	282
cc	Einordnung privatrechtlicher Aktiengesellschaften	282
aaa	Keine einheitliche Auffassung in Rechtsprechung und Lehre	282
bbb	Nicht restlos klarer Wortlaut	283
ccc	Systematische Auslegung	283
ddd	Historische Auslegung	284
eee	Teleologische Auslegung	285
fff	Fazit	285
dd	Vorrang der Verfügung	286
b	Synthese	286
aa	Rekapitulation	286
bb	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. a und b VRPG/BE	287
cc	Privatrechtliche Aktiengesellschaften gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. c VRPG/BE	288
2.4	Fazit	290
3.	Auswirkungen der wegfallenden Verfügungsbefugnis auf die Rechtsstellung Dritter	291
3.1	Ausgangslage	291
3.2	Wechsel der Verfahrensart	292
3.2.1	Zivilprozessualer Instanzenzug	292
3.2.2	Instanzenzug im öffentlich-rechtlichen Klageverfahren	293
3.2.3	Unterschiede zwischen Verwaltungs- bzw. Beschwerdeverfahren und Zivilprozessen	293
3.2.4	Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichen Klageverfahren und Verwaltungs- bzw. Beschwerdeverfahren	295
3.3	Rechtsschutz gegen Realakte	297
3.3.1	Anfechtbarkeit als Realakt	297
3.3.2	Bisherige bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Anfechtbarkeit von Realakten	298
3.3.3	Insbesondere zur Rechtsweggarantie	299

3.3.4	Bundesebene: Heute Rechtsschutz gestützt auf Art. 25a VwVG	300
a	Verfügung über Realakte	300
b	Ausgegliederte Aufgabenträger als Behörde	302
3.3.5	Rechtsschutz auf Ebene des Kantons Bern	303
a	Verweis auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung	303
b	Ausgegliederte Aufgabenträger als Adressaten ...	303
3.3.6	Rechtsschutz auf Ebene der bernischen Gemeinden .	304
a	Teilweise Ausweitung des Rechtsschutzes	304
b	Beschwerdebefugnis als mögliches Korrektiv	305
3.3.7	Zwischenfazit: Weniger Rechtsschutz bei Realakten	306
3.4	Fazit: Ausgliederungsbedingte Schlechterstellung in haltbarem Ausmass	307
IV.	Arbeitsverhältnisse	308
1.	Vorgehensweise	308
2.	Zur Überführung	308
2.1	Regelung und anwendbares Recht	308
2.1.1	Allgemeines	308
2.1.2	Weitergeltung des öffentlichen Personalrechts	309
2.1.3	Überführung in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse	309
2.2	Insbesondere zur Änderungskündigung	310
3.	Obligationenrecht und öffentliches Personalrecht	312
3.1	Verhältnis	312
3.2	Bedeutung der Überführung der Arbeitsverhältnisse	312
4.	Arbeitsverhältnisse mit ausgegliederten Aufgabenträgern	315
4.1	Bundesebene	315
4.2	Kanton Bern	316
4.3	Zwischenfazit und Überleitung	317
5.	Insbesondere: Rechtsformbedingte Vorgaben bei Ausgliederungen ins Privatrecht	317
5.1	Bundesgerichtliche Rechtsprechung	317
5.2	Weitere Rechtsprechungshinweise	319
5.3	Analyse der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	320
5.3.1	Bundesebene	320
5.3.2	Ebene des Kantons Bern und der bernischen Gemeinden	322
5.3.3	Würdigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	323
a	Zustimmung	323
b	...und Kritik	324
aa	Unterscheidung Organisationsprivatisierung - Beleihung	324

	bb Möglichkeit einer Fortgeltung des öffentlichen Personalrechts	324
5.4	Fazit	326
5.4.1	Bund	326
5.4.2	Kanton Bern	326
V.	Volksrechte: Finanzreferendum	327
1.	Eingrenzung	327
2.	Kanton Bern	328
2.1	Charakterisierung des Finanzreferendumsrechts	328
2.2	Kein Finanzreferendum gegen Ausgabenbeschlüsse ausgegliederter Aufgabenträger	329
2.3	Aber: Theoretische Möglichkeit eines Referendumsrechts?	330
2.3.1	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt	330
2.3.2	Privatrechtliche Aktiengesellschaft	331
3.	Bernische Gemeinden	331
3.1	Grundsatz	331
3.2	Konsequenzen	332
4.	Fazit	333
VI.	Oberaufsicht und Finanzkontrollaufsicht	334
1.	Parlamentarische Oberaufsicht	334
1.1	Bundesebene	334
1.1.1	Grundsätzliches	334
1.1.2	Oberaufsicht gegenüber ausgegliederten Aufgabenträgern	336
a	Zurückhaltung	336
b	Informationsrechte	336
c	Oberaufsicht über rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten	338
d	Oberaufsicht über privatrechtliche Aktiengesellschaften	339
e	Oberaufsicht über spezialgesetzliche Aktiengesellschaften	340
1.2	Kanton Bern	341
1.2.1	Grundsatz	341
1.2.2	Oberaufsicht über privatrechtliche Aktiengesellschaften	342
1.2.3	Oberaufsicht über rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten	343
1.3	Fazit	344
2.	Aufsicht durch die Finanzkontrolle	345
2.1	Bundesebene: Eidgenössische Finanzkontrolle	345
2.1.1	Grundsätzliches	345

2.1.2	Tätigkeit im Zusammenhang mit ausgegliederten Aufgabenträgern.....	345
a	Allgemeines.....	345
b	Auskunfts- und Einsichtsrechte der EFK.....	347
c	Anstalten und Aktiengesellschaften.....	347
2.2	Finanzkontrolle des Kantons Bern.....	348
2.2.1	Grundsätzliches.....	348
2.2.2	Aufsicht über ausgegliederte Aufgabenträger.....	349
a	Kontrollbereich, Kernaufgaben und Spezialprüfungen.....	349
b	Verkehr mit Behörden; Auskunfts- und Einsichtsrechte.....	350
c	Rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten.....	350
d	Privatrechtliche Aktiengesellschaften.....	351
2.3	Fazit.....	353
VII.	Öffentliches Beschaffungsrecht.....	354
1.	Zweck; Fragestellung.....	354
2.	Quasi-in-house-Privileg.....	355
2.1	Definition.....	355
2.1.1	In-house-Vergabe.....	355
2.1.2	Erweiterung (Quasi-in-house-Vergabe).....	355
a	Kontrollkriterium.....	356
b	Wesentlichkeitskriterium.....	357
c	Zwischenfazit.....	357
2.2	Rezeption der EuGH-Rechtsprechung in der Schweizer Rechtsordnung.....	358
2.2.1	Unklarheit der Rechtslage in der Schweiz.....	358
2.2.2	Stellungnahme.....	359
a	Quasi-in-house-Privileg bei privatrechtlichen Aktiengesellschaften.....	359
b	Quasi-in-house-Privileg bei rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und spezialgesetzlichen Aktiengesellschaften.....	360
2.3	Fazit.....	361
3.	Ausgegliederte Aufgabenträger als Auftraggeber.....	362
3.1	Bundesebene.....	362
3.1.1	BöB und VöB.....	362
3.1.2	Fazit: Unerheblichkeit der Rechtsform.....	363
3.2	Ebene des Kantons Bern und der bernischen Gemeinden.....	364
3.2.1	Vorgaben der IVöB.....	364
a	...im Staatsvertragsbereich.....	364
b	...ausserhalb des Staatsvertragsbereichs.....	366
3.2.2	Bernisches Recht.....	367

	a Subjektiver Geltungsbereich.....	367
	b Differenzen zur IVöB	367
	aa Ausdehnung	367
	bb Einschränkung	368
	c Stellungnahme	369
	3.2.3 Fazit.....	371
VIII.	Staatsgarantie	372
	1. Versuch einer Einordnung	372
	1.1 Umschreibungen	372
	1.2 Abgrenzungen.....	373
	1.3 Risikosteuerung und Wettbewerbsneutralität	374
	2. Typen von Staatsgarantien.....	375
	2.1 Übersicht.....	375
	2.2 Insbesondere: Formelle, implizite und faktische Staatsgarantie.....	375
	2.3 Relevanz der Staatsgarantie als Rechtsfigur	376
	3. Bedeutung der Rechtsform	377
	3.1 Formelle Staatsgarantie bzw. ausdrücklicher Ausschluss.....	377
	3.2 Faktische «Staatsgarantie» bzw. faktischer Beistandszwang	378
	3.3 Implizite Staatsgarantie	378
	3.3.1 Implizite Staatsgarantie bei rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Anstalten?	378
	a Umstrittene Rechtslage	379
	b Die Post in Anstaltsform als Anschauungsbeispiel?	380
	aa Staatsgarantie	380
	bb Folgerungen	381
	c Eigene Ansicht.....	381
	aa (Ausnahme-)Fälle fehlender impliziter Staatsgarantien	381
	bb Grundsatz: Implizite Staatsgarantie	382
	d Zwischenfazit	383
	3.3.2 Implizite Staatsgarantie bei privatrechtlichen Aktiengesellschaften?.....	384
	3.3.3 Implizite Staatsgarantie bei spezialgesetzlichen Aktiengesellschaften?.....	384
	4. Fazit	385
	4.1 Staatsnähe	385
	4.2 Problematik einer Staatsgarantie bei privatrechtlichen Aktiengesellschaften.....	386
IX.	Staatshaftung	386
	1. Vorfrage: Verhältnis zum Obligationenrecht	386
	1.1 Kompetenz zum Erlass staatshaftungsrechtlicher Normen....	386

1.2	Staatshaftung und gewerbliche Verrichtungen	387
1.3	Vorrang spezifischer Kausal- und Gefährdungshaftungen	388
2.	Staatshaftung gegenüber Dritten.....	388
2.1	Haftungsvoraussetzungen im Allgemeinen	388
2.2	Haftung ausgegliederter Aufgabenträger.....	390
2.2.1	Gesetzliche Grundlagen	390
a	Bundesebene.....	390
b	Ebene des Kantons Bern.....	391
2.2.2	Insbesondere: Behördenvertreter.....	393
2.2.3	Fazit.....	394
3.	Regress und unmittelbare Schädigung.....	395
3.1	Bundesebene.....	396
3.1.1	Regress.....	396
a	Regressrecht des Bundes	396
b	Regressrecht des ausgegliederten Aufgabenträgers	396
3.1.2	Unmittelbare Schädigungen	397
3.2	Ebene des Kantons Bern.....	398
3.2.1	Regress.....	398
a	Regressrecht des Kantons.....	398
b	Regress bei ausgegliederten Aufgabenträgern.....	399
3.2.2	Unmittelbare Schädigung.....	400
3.3	Fazit.....	401
3.3.1	Rechtsformbedingte Unterschiede	401
3.3.2	Staatsnähe.....	401
D.	Schlussfolgerungen	403
I.	Autonomie als primäres Ausgliederungsmotiv	403
1.	Rekapitulation.....	403
2.	Schlussfolgerung	403
II.	Bedeutung der Rechtsformwahl	405
1.	Regelungsaufwand	405
1.1	Rekapitulation.....	405
1.2	Schlussfolgerung	406
2.	Autonomie in organisatorischer Hinsicht	407
2.1	Rekapitulation.....	407
2.2	Schlussfolgerung	408
3.	Abbildung in Verfassung und Gesetz	409
3.1	Wertung von Regierung und Parlament.....	409
3.2	Rechtsstaatlich-demokratische Anforderungen an die Ausgliederung.....	409
3.2.1	Rekapitulation	409
3.2.2	Schlussfolgerung	410

3.3	Verwaltungsorganisationsrecht im Allgemeinen.....	410
3.3.1	Bundesebene	410
a	Rekapitulation.....	410
b	Schlussfolgerung	410
3.3.2	Ebene des Kantons Bern und der bernischen Gemeinden	411
a	Rekapitulation.....	411
b	Schlussfolgerung	411
3.4	Sachgesetze.....	412
III.	Systemkongruenz wahren	413
IV.	Notwendigkeit der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft?	415
1.	Ausgangslage.....	415
1.1	Bundesebene.....	415
1.2	Ebene des Kantons Bern und der bernischen Gemeinden	415
1.3	Überleitung	415
2.	Würdigung der Rechtsformwahl.....	416
2.1	Rekapitulation: Ansichten im Schrifttum	416
2.2	Zur Subsidiarität der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft	416
2.3	Zur Begründetheit der vorgebrachten Ausnahmefälle	417
2.4	Rechtspolitische und rechtspsychologische Motive	418
2.5	Überleitung	419
3.	Eigener Ansatz zur Berechtigung der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft auf Bundesebene	419
3.1	Die Rechtsform im Dienst ordnungspolitischer Anliegen	419
3.2	Fazit	421
3.2.1	«Vorrang» des Gesellschaftsrechts auch auf Bundesebene	421
3.2.2	Anwendung	422
a	Beispiele Skyguide und RUAG Holding AG	422
b	Beispiel Swisscom.....	422
c	Beispiel SBB, SNB.....	423
V.	Exkurs: Die GmbH als Rechtsform für ausgliederte Aufgabenträger.....	424
1.	Ausgangslage.....	424
2.	Das neue GmbH-Recht als Chance.....	424
3.	Konzeption der GmbH im neuen Recht.....	425
3.1	Grundsatz: Personenbezogene Kapitalgesellschaft.....	425
3.2	Stammanteile	426
3.3	Haftung.....	427
3.4	Treupflicht	427
3.5	Steuerung.....	427
3.5.1	Einfluss der personalistischen Konzeption.....	427

3.5.2	Insbesondere: Vetorecht, Kompetenzattraktion, Beschlussdelegation	428
3.6	Übertragung von Stammanteilen	429
3.7	Auskunft und Einsicht	430
3.8	Einschränkung: Keine direkte Entsendung von Behördenvertretern	431
4.	Fazit	432
E.	Zusammenfassung der Untersuchung.....	433
	Stichwortverzeichnis	437

Literaturverzeichnis

Dieses Verzeichnis enthält die in der Untersuchung mehrfach zitierte Literatur. Die Nachweise für die in der Untersuchung nur einmal zitierte Literatur sind im Text selbst zu finden.

ACHERMANN URS PHILIPP: Privatisierung im öffentlichen Verkehr, [Diss. Zürich 2006/2007] Zürich 2008 (zit.: ACHERMANN, Privatisierung, S.)

ADLER BENJAMIN: Das regierungsrätliche Konzept des Beteiligungscontrollings im Urteil der Obergerichtskommission des Grossen Rats, Parlament/Parlement/Parlamento, Nr. 1/2008, S. 8 ff. (zit.: ADLER, Beteiligungscontrolling, S.)

Arn Daniel/Friederich Ueli/Friedli Peter/Müller Markus/Müller Stefan/Wichtermann Jürg: Kommentar zum Gemeindegesetz des Kantons Bern, Bern 1999 (zit.: GG-Bearbeiter, Art. N.)

AUBERT JEAN-FRANÇOIS/MAHON PASCAL (Hrsg.): Petit commentaire de la Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999, Zürich 2003 (zit.: Cst-BEARBEITER, Art. N.)

AUER CHRISTOPH/MÜLLER MARKUS/SCHINDLER BENJAMIN (Hrsg.): Kommentar zum Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG), Zürich 2008 (zit.: KommVwVG-BEARBEITER, Art. N.)

BELLANGER FRANÇOIS: Les "privatisations": une notion à géométrie variable, RDAF 2001 I, S. 37 ff. (zit.: BELLANGER, privatisations, S.)

BEYELER MARTIN: In-house-Vergaben. Wer mit wem – wann und warum, in: ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE/STÖCKLI HUBERT (Hrsg.): Aktuelles Vergaberecht 2010, Zürich 2010 (zit.: BEYELER, In-house-Vergaben, N.)

BEYELER MARTIN: Der Geltungsanspruch des Vergaberechts, [Habil. Bern 2011] Zürich 2012 (zit.: BEYELER, Geltungsanspruch, N.)

BEYELER MARTIN: Staatsbetriebe: Einkauf und Absatz unter dem künftigen Vergaberecht, Jusletter vom 22. Dezember 2014 (zit.: BEYELER, Staatsbetriebe, Rz.)

BIAGGINI GIOVANNI: Rechtsstaatliche Anforderungen an die Auslagerung und an den ausgelagerten Vollzug staatlicher Aufgaben sowie Rechtsschutz, in: SCHAFFHAUSER RENÉ/POLEDNA TOMAS (Hrsg.): Auslagerung und Privatisierung von staatlichen und kommunalen Einheiten: Rechtsformen und ihre Folgen. Referate der Tagung vom 14. November 2001 in Luzern, St. Gallen 2002, S. 143 ff. (zit.: BIAGGINI, Auslagerung, S.)

- BIAGGINI GIOVANNI: Rechtsgutachten vom 26. August 2013 im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vertreten durch die Geschäftsprüfungskommissionen des Stände- und des Nationalrates (GPK), zur Frage der Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Oberaufsicht im Bereich des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI), einsehbar unter <http://www.parlament.ch>, Rubriken «Organe und Mitglieder/Kommissionen/Aufsichtskommissionen/Geschäftsprüfungskommissionen/Publikationen und Grundlagendokumente/Publikationen und Grundlagendokumente» (besucht am 15. Juni 2015; zit.: BIAGGINI, Gutachten ENSI, S.)
- BÖCKLI PETER: Schweizer Aktienrecht, 4. Aufl., Zürich 2009 (zit.: BÖCKLI, Aktienrecht, N. S.)
- BÖCKLI PETER/BÜHLER CHRISTOPH B.: Vorabinformationen an Grossaktionäre: Möglichkeiten und Grenzen nach Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, SZW 2005, S. 101 ff. (zit.: BÖCKLI/BÜHLER, S.)
- BOLZ URS: Public Private Partnership (PPP) in der Schweiz, ZBl 105 (2004), S. 561 ff. (zit.: BOLZ, PPP, S.)
- BREHM ROLAND: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI: Das Obligationenrecht, 1. Abteilung: Allgemeine Bestimmungen, 3. Teilband, 1. Unterteilband: Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen, Kommentar zu Art. 41-61 OR, 4. Aufl., Bern 2013 (zit.: BK-OR-BREHM, Art. N.)
- BRUNNER STEPHAN C./MADER LUZIUS (Hrsg.): Handkommentar zum Öffentlichkeitsgesetz, Bern 2008 (zit.: BGÖ-BEARBEITER, Art. N.)
- BUOB FRANZISKA: Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung, [Diss. St. Gallen 2008] Zürich/St. Gallen 2008 (zit.: BUOB, Aktiengesellschaften, N.)
- BÜRGI WOLFHART F./NORDMANN-ZIMMERMANN URSULA: Zürcher Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, V. Band: Obligationenrecht, Teilband 5/b/3: Die Aktiengesellschaft und die Kommanditaktiengesellschaft, Art. 739-771 OR, Zürich 1979 (zit.: ZK-OR-BÜRGI/NORDMANN-ZIMMERMANN, Art. N.)
- BÜRKI CHRISTOPH: Verwaltungsjustizbezogene Legalität und Prozessökonomie, [Diss. Bern 2010] Bern 2011 (zit.: BÜRKI, Legalität, S.)
- EHRENZELLER BERNHARD/SCHINDLER BENJAMIN/SCHWEIZER RAINER J./VALLENDER KLAUS A. (Hrsg.): Die Schweizerische Bundesverfassung: Kommentar, Bd. 1: Art. 1-93, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014 (zit.: BV-BEARBEITER, Art. N.)

XXX